Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2654

14. 03. 79

Sachgebiet 780

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung des Agrarberichts 1979 der Bundesregierung – Drucksachen 8/2530, 8/2531 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

— die von der Kommission der EG vorgelegten Agrarpreisvorschläge für das Wirtschaftsjahr 1979/80, die ein „Einfrieren" des gesamten EG-Agrarpreisniveaus vorsehen, als für die deutsche Landwirtschaft unzumutbar abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß das deutsche nominale Agrarpreisniveau mindestens um die Höhe der Inflationsrate verbessert wird;

— im Ministerrat der EG nur einer Agrarwährungsausgleichsregelung verbindlich zuzustimmen, die sowohl aus der Sicht des bestehenden Grenzausgleichs als auch bei zukünftig einzuführenden Grenzausgleichen nicht zu einer direkten oder indirekten Senkung der deutschen nominalen und realen Agrarpreise führt;

— im Ministerrat der EG energisch darauf hinzuwirken, daß endlich die gemeinsame Agrarpolitik so konzipiert wird, daß einige Mitgliedstaaten der EG ihre Agrarproduktion nicht weiterhin stark ausdehnen während gleichzeitig auf andere Mitgliedstaaten ständig Druck ausgeübt wird, ihre Produktion zu beschränken;

— zu prüfen, welche konkreten Möglichkeiten bestehen, dem vertraglich vereinbarten Prinzip der Präferenz der Agrarproduktion der EG vor allem bei den Produkten Getreide und Milch mehr Geltung zu verschaffen;

– darauf hinzuwirken, daß die in einem Mitgliedsland gewährten hohen Investitionszuschüsse, die vor allem den Wettbewerb der deutschen Veredlungsproduktion negativ beeinflussen, entweder beseitigt oder durch entsprechende deutsche Maßnahmen ausgeglichen werden;

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

— zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, den deutschen Unterglasgartenbau vor der Bedrohung einer Existenzvernichtung zu bewahren, die durch das sprunghafte Ansteigen der Heizölpreise entstanden ist;

— Maßnahmen zur Strukturverbesserung jüngerer Waldbestände in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einzubeziehen und angemessen finanziell zu unterstützen;

— zu prüfen, ob durch eine Novellierung des Gesetzes über eine Krankenversicherung der Landwirte landwirtschaftlichen Unternehmern und mitarbeitenden Familienangehörigen, die zeitweilig eine außerlandwirtschaftliche versicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen (sogenannte Versicherungspendler), ein Wahlrecht für die landwirtschaftliche Krankenkasse oder für eine Krankenversicherung mit Krankengeldanspruch eingeräumt werden kann;

— zu prüfen, ob nicht pflichtversicherte Inhaber von landwirtschaftlichen Betrieben (Beamte, Richter, Soldaten und Pensionäre) und Rentner aus einer gesetzlichen Rentenversicherung von der Beitragspflicht zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung befreit werden können.

Bonn, den 14. März 1979

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion